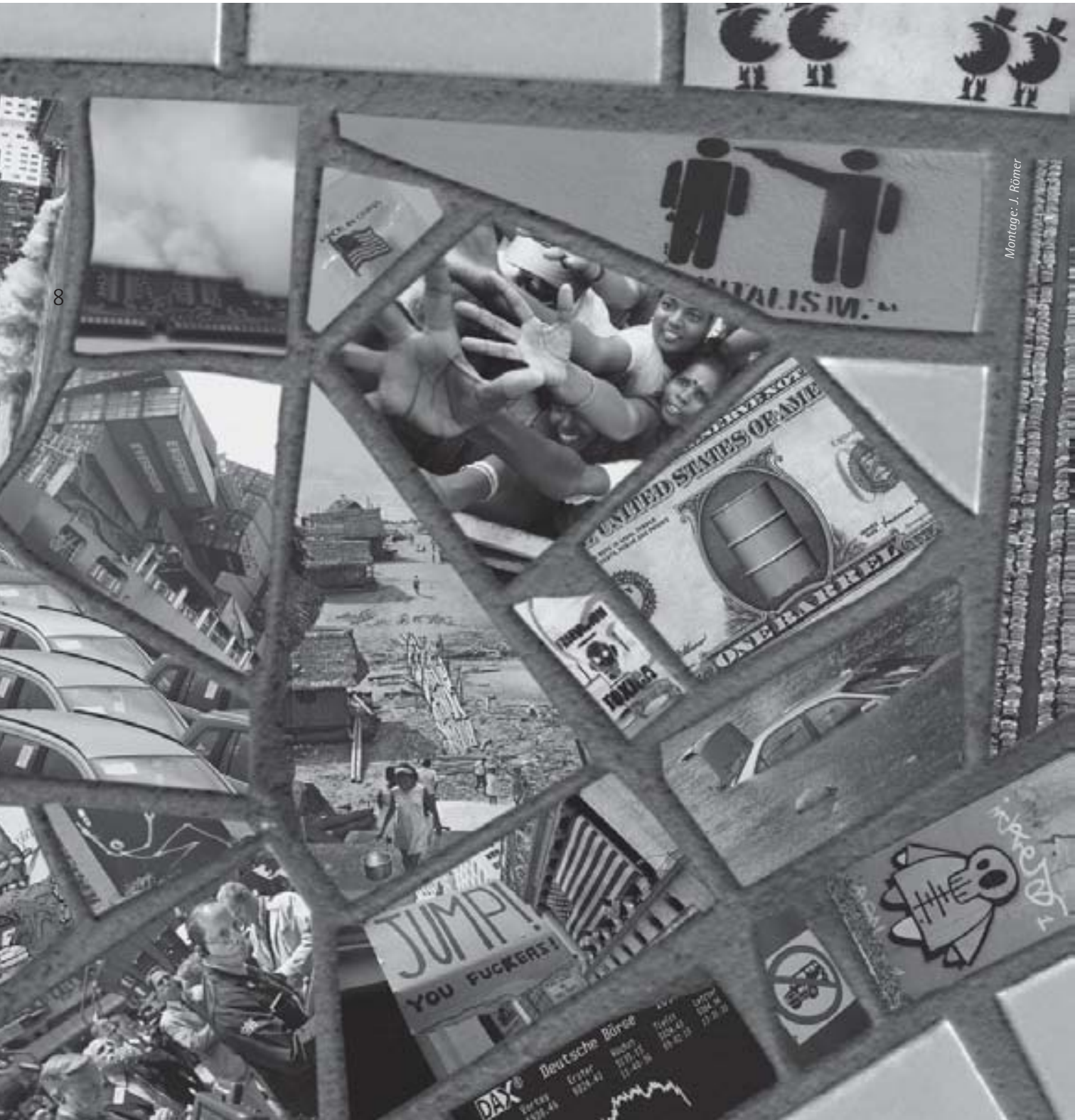


Sechs Krisen – eine



Montage: J. Rämer

Zyklus – Schlüsselbranchen –

Weltwirtschaftskrise

Winfried Wolf

Bis Anfang dieses Jahres hielten sich marxistische wie bürgerliche Ökonomen hinsichtlich der Frage zurück, ob die aktuelle Krise eine Weltwirtschaftskrise sei – und damit vergleichbar derjenigen von 1929 bis 1933. Inzwischen wird eine solche Einordnung zunehmend als zutreffend angesehen. Wolfgang Münchau, Kolumnist in der Londoner und in der deutschen *Financial Times*, schrieb jüngst: „Ist es bald Zeit für einen neuen Superlativ? Zunächst sprachen wir von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Wiedervereinigung. Dann war es die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg. Heute fragen sich besorgte Beobachter: Ist diese Krise womöglich schlimmer als die Große Depression?“⁽¹⁾

Münchau und andere Ökonomen nennen als Gründe für eine solche Einschätzung einzelne Aspekte der aktuellen Krise – etwa den außerordentlichen Einbruch der industriellen Produktion im 4. Quartal 2008 oder die neue Dimension der Finanzkrise. Ich gehe ebenfalls von einer Krise aus, die die Bedeutung derjenigen von 1929–33 hat oder diese übertrifft. Ich komme zu diesem Schluss vor allem, weil ich ein Zusammenfallen von **sechs Krisen** sehe. Im einzelnen haben wir es zu tun mit (1) einer Krise der materiellen Produktion, (2) mit einer spezifischen Branchenkrise der zwei Schlüsselindustrien, (3) mit der allseits bekannten Finanzkrise, die aktuell in eine neue Dimension übergeht, (4) mit einer Krise der imperialen Hegemonie oder einer Dollar-krise, (5) mit einer Nord-Süd- oder auch einer Hungerkrise und schließlich (6) mit einer Umwelt- und Klimakrise.

1. KRISE DER MATERIELLEN PRODUKTION

Die Krise der Realwirtschaft steht seit Ende 2008 im Zentrum. Sie wurde durch die Finanzkrise beschleunigt und verschärft, aber keineswegs durch sie verursacht. Im

Kern ist es eine klassische zyklische kapitalistische Krise (mit Überproduktion, Unterkonsumtion und Disproportionalitäten zwischen Branchen und Regionen), wie es solche seit 250 Jahren gibt. Gemessen an den Krisenzyklen der letzten 30 Jahre, die jeweils Längen zwischen sechs und zehn Jahren hatten, stand – nach der vorausgegangenen Krise 2000/2001 – der Eintritt in die neue Rezession spätestens 2009/2010 an. Die Finanzkrise – aber auch die Umwelt- und Klimakrise – hat den Krisenbeginn nur um ein oder einhalb Jahre vorgezogen. Bemerkenswert an der aktuellen Krise sind die extremen Einbrüche in der industriellen Produktion (im November und Dezember 2008 lagen diese in Nordamerika, Japan und Westeuropa im zweistelligen Bereich) und der sprunghafte Anstieg der Massen-erwerbslosigkeit (in den USA wurden 2008 2,6 Millionen Jobs abgebaut; die Arbeitslosenquote liegt dort bereits bei 14 Prozent ⁽²⁾). In Japan, der zweitgrößten Ökonomie der Welt, liegt Anfang 2009 das Niveau der industriellen Produktion auf dem Stand von 1988.

Neu im Vergleich zu allen vorausgegangenen Rezessionen und Krisen seit 1945 ist die Tatsache, dass **alle drei Zentren des Weltkapitalismus (Nordamerika, Japan und Europa) gleichermaßen getroffen** sind. Entscheidende Schwellenländer erleben eine spezifische, teilweise nochmals schärfere Krise. Dies trifft auf Russland und auf die mittel- und osteuropäische Staaten zu. Noch im Herbst 2008 galt China als die Region, die mit ihrem immensen Absatzmarkt für Waren und Kapital die weltweite kapitalistische Krise abfedern könnte. Doch seit Ende 2008 zeigen in China alle relevanten Indikatoren nach unten; 2009 wird das Land eine Krise mit schnell ansteigenden Arbeitslosenzahlen erleben. ⁽³⁾ Damit stellt die

Entwicklung in China **einen die weltweite Krise verschärfenden Faktor dar**.

In der Bilanz wird die Weltwirtschaft im Jahr 2009 erstmals seit 1945 kein Wachstum aufweisen – und möglicherweise sogar rückläufig sein.

2. KRISE DER AUTOINDUSTRIE UND DER IT-BRANCHE Historische Krisen des Kapitalismus waren immer auch gekennzeichnet dadurch, dass die jeweils maßgeblichen industriellen Branchen in überproportionalem Maß eine Krise durchlebten. Das traf 1873ff und 1929ff auf die Stahlindustrie und den Bergbau zu. Im aktuellen Stadium des Kapitalismus müssen die Autoindustrie und der IT-Sektor als diejenigen Branchen bezeichnet werden, die die gesamte Struktur der weltweiten Wirtschaft bestimmen. Es handelt sich um Schlüsselindustrien. Dem entspricht ihr materielles Gewicht in der Weltwirtschaft als die – nach der Ölbranche – zweit- und dritt wichtigsten Industrien.⁽⁴⁾

Die Einbrüche in der Autoindustrie, die es seit dem 4. Quartal 2008 gibt, sind einmalig für diese Branche. Sie liegen in Nordamerika bei 25 Prozent, in Europa bei 20 Prozent und in einzelnen Schwellenländern bei 10 Prozent. In spezifischen Sektoren wie dem Lkw-Geschäft gab es eine Halbierung der Aufträge. In dieser Branchenkrise dürfte sich die Zahl der internationalen Kfz-Hersteller von derzeit zwölf auf acht oder gar sechs reduzieren. Von den weltweit acht Millionen Arbeitsplätzen der Autoindustrie sind zwei Millionen bedroht. Diese Krise ist, auch wegen ihrer Verknüpfung mit der Umwelt- und Klimakrise, für diese traditionelle Schlüsselindustrie eine existentielle.⁽⁵⁾ Während die Autobranche in den USA seit 100 Jahren, in Westeuropa seit 50 Jahren und in Japan seit 30 Jahren eine

9

Finanzkrise – Hegemonie – Hunger – Klima

führende Rolle spielt, gibt es die IT-Branche erst seit 30 Jahren. Es handelt sich um eine sehr junge, dynamische Branche. Seit Januar 2009 ist klar, dass dieser Industriezweig erstmals seit seiner Existenz in eine allgemeine, weltweite Krise gerät. Die Einbrüche in wichtigen Geschäftsfeldern sind denen der Autobranche vergleichbar.(6) Allein im Zeitraum August 2008 bis Januar 2009 wurden 300 000 IT-Jobs vernichtet. Das Unternehmen Microsoft muss zum ersten Mal in seiner Geschichte Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang abbauen. Erste große Unternehmen gingen Pleite (Qimonda, Nortel). Andere sind vom Konkurs bedroht (Infineon) oder schwer angeschlagen (AMD).

Schlüsselindustrien tragen in ihrer frühen Phase mit ihren überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten im Aufschwung und auch noch in der Krise dazu bei, dass der konjunkturelle Aufschwung nach oben getrieben wird und Krisen abgefedert werden. So war das bei der Autoindustrie von Anfang des 20. Jahrhunderts bis Mitte der 1970er Jahre der Fall. Seit Mitte der Krise 1974/75 fallen diese Branchenkrisen jedoch jeweils tiefer aus als die allgemeinen weltweiten Rezessionen. Diese

Schlüsselindustrie leistet damit einen *negativen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Verlauf*. 2009/2010 dürfte Vergleichbares auch auf die IT-Branche zutreffen. Damit würden *beide* Schlüsselindustrien die allgemeinen Krisentendenzen verstärken.

3. NEUE DIMENSION DER FINANZKRISE

Das bisher zur Finanzkrise übermittelte Bild sah aus wie folgt: Es gibt einen harten, mehr oder weniger gesunden Kern, auf dem sich eine Blase bildet; letztere platzt. Alles wird gut. Jedenfalls irgendwann. Nun scheinen sich die Relationen zu verkehren. Nach Angaben des US-Ökonomen Nouriel Roubini, der als einer der wenigen bürgerlichen Fachleute die Finanzkrise 2007 vorhersagte, mussten die US-Kreditinstitute bis Januar 2009 rund 1000 Milliarden (1 Billion) Dollar an Verlusten abschreiben. Doch es drohten weitere Verluste in Höhe von 3,6 Billionen Dollar. Da sich das Kapital des gesamten Sektors auf nur 1,6 Billionen belaufe, sei, so Roubini, das „gesamte US-Bankensystem praktisch insolvent. Wir haben eine systemische Bankenkrise“.(7) Vergleichbare Dimensionen gibt es im europäischen Finanzsektor.

Dabei ist die Bankenkrise nur ein Mosaikstein der gesamten Finanz- und Spekulationskrise. Deren Panorama kann hier nur skizziert werden: Der Fall der Aktienkurse setzt sich fort; auch Unternehmen des produktiven Sektors werden degradiert (Fall des Aktienkurses von General Electric um 65 Prozent). Die Zahl der Staaten, die von einem Staatsbankrott bedroht sind, wächst.(8) Die private und öffentliche Verschuldung führender kapitalistischer Ökonomien, vor allem die der japanischen und der US-amerikanischen, nimmt bedrohliche Ausmaße an. Gleichzeitig setzen einzelne Konzerne das „M&A-Spiel“, die Politik des Aufkaufs der Konkurrenz mit gigantischen und teilweise die Existenz bedrohenden Summen, fort (siehe die Fälle Pfizer und Schaeffler-Conti).(9)

Die Regierungen handeln bei den Bankenrettungsplänen in direktem Auftrag der Banken. Ihre Finanzbasis wird mit Steuerzahler-Milliarden wieder hergestellt. Dadurch kommt es zu neuen Prozessen der Bankenkonzentration (Commerzbank/ Dresdner Bank) und zu einer „Neuordnung“ des Finanzsektors. Die derart gestärkten Institute rüsten sich für



Blätter für deutsche und internationale Politik

Gratis das aktuelle Heft probelesen!

Schleierhaftes Europa
Oliver Guggenmos

Das Ende des Amerikanismus
Stefan Bräuer
Robert Mitter

Wer wird die Arche bauen?
Mike Davis

Krieg um Gaza
Dan Dinec, Akiva Eldor
und Heiko Flottau

Induktion: Mordung am Nordpol
Thomas Schöner

Die Zukunft der Energiepolitik
Christian Wolf

Netz IV und die Wasserwirtschaft
Frank Sauerbrey

Der Kampf um die Stromwirtschaft
Wolfgang L. Böttner

Politikhungrig?

In den „Blättern“ diskutieren namhafte Autorinnen und Autoren die zentralen politischen Fragen unserer Zeit. Die redaktionelle Eigenständigkeit der Zeitschrift sichert kritische Stellungnahmen und politische Interventionen – jenseits des Mainstreams.

Lernen Sie die meistabbonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift kennen.

Bestellen Sie gratis ein Probeheft:
030 / 30 88 - 36 44 | abo@blaetter.de

Herausgegeben von: Detlef Henschke · Jörg Huffschild · Jürgen Habermas · Rudolf Hickel · Ingeborg Maus · Rainer Rilling u.a.

neue Schlachten im weltweiten Finanz- und Spekulationsgeschäft. Werner Rügemer dokumentierte die ebenso frappierenden wie fatalen Parallelen zwischen der aktuellen Teilverstaatlichung von Commerzbank und Dresdner Bank und der Umstrukturierung des deutschen Bankensektors im Jahr 1931. Damals habe dies zu einem großen „Machtzuwachs der Banken in Politik, Staat und Gesellschaft“ geführt und die NS-Diktatur vorbereitet.(10)

Ohne Zweifel haben in Nordamerika und Europa bereits die gegenwärtigen Bankenrettungspläne die Durchgriffsmöglichkeiten der Institute auf die Regierungen deutlich erhöht. Das wird auch mit dem neuen Plan der Obama-Regierung zur Stärkung der Finanzinstitute vom Februar 2009 unterstrichen. In der Folge werden die Forderungen des Finanzsektors zum Eigennutz immer frecher („Bad Bank“) und zu Sozialabbau und zu einer fortgesetzten Umverteilung von unten nach oben immer bedrohlicher.

4. HEGEMONIALE KRISE In der rund dreihundertjährigen Geschichte des Kapitalismus als eines Weltsystems gab es drei große Perioden mit unterschiedlichen Hegemonialmächten: Eine erste mit den Niederlanden als Welt- und Militärmacht Nr. 1 (sie dauerte nach Angaben von Immanuel Wallerstein von 1620-1760), eine zweite mit dem britischen Empire als dominierender Macht (die praktisch das gesamte 19. Jahrhundert bestimmte). Und eine dritte, noch anhaltende, in der die USA auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet vorherrschen und die US-Währung den Fixpunkt des Weltfinanzsystems darstellt.(11)

Die US-Hegemonie zeichnete sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg ab. Sie setzte sich jedoch erst am Ende des Zweiten Weltkrieg durch – mit Errichtung des auf den Dollar orientierten Weltwährungssystems von Bretton Woods. Diese Vorherrschaft wurde erstmals mit der US-Niederlage im Vietnamkrieg, die nicht zufällig mit der Aufkündigung der Konvertibilität

des Dollars in Gold verbunden war, in Frage gestellt. Mit der Politik unter US-Präsident George W. Bush wurde der Niedergang der US-Hegemonie beschleunigt. In der aktuellen Weltwirtschaftskrise könnte diese Hegemonie-Krise am Ende eine entscheidende Rolle spielen. Zunächst geht es jedoch nicht um die Frage, wer den US-Dollar ablösen könnte. Aktuell kommen hierbei weder die EU und der Euro noch China und der Renminbi in Frage. Im Brennpunkt steht vielmehr das labile finanz- und währungstechnische Gleichgewicht, das zwischen China und den USA besteht. Je tiefer die realwirtschaftlichen Krisen in China und in den USA sich entwickeln, desto wahrscheinlicher kommt es zu einem währungspolitischen Kladderadatsch – mit nicht absehbaren Folgen für die Weltwirtschaft.(12) Es macht also viel Sinn, wenn die neue US-Außenministerin Hillary Clinton ihre erste Auslandsreise nicht nach Europa, sondern nach Asien und dabei vor allem auch nach China unternahm.

5. DER NORD-SÜD-KONFLIKT UND DIE HUNGERKRISE Die Globalisierung der letzten drei Jahrzehnte hat Hunderte Millionen kleine, sich weitgehend selbst versorgende Wirtschaftseinheiten zerstört. Die Verstärkung beschleunigte sich – vor allem die Slums weiten sich enorm aus. Laut einem UN-Bericht leben bereits eine Milliarde Menschen in Slums; bis 2030 soll sich diese Zahl nochmals verdoppeln. Gleichzeitig stieg die Zahl der Hungernden steil an. In den Krisenjahren 2009/2010 wird nach offizieller UN-Statistik erstmals eine Milliarde Menschen Hunger leiden. Dafür gibt es drei Gründe, die direkt mit der Weltwirtschaftskrise zusammenhängen: Erstens fallen die Preise für Rohstoffe und agrarische Exportgüter des Südens (u. a. Kaffee, Kakao), was dort die Exporteinnahmen weiter schmälert. Zweitens steigen trotz der internationalen Krise die Weltmarktpreise für diejenigen agrarischen Güter, die für den Kampf gegen den Hunger entscheidend sind.(13)

Drittens reduzieren die reichen Länder drastisch ihre Zusagen für die Hungerhil-

fe. Michael Schneider schrieb zu diesem Skandal: „Das Welternährungsprogramm verteilt nur mehr 1500 Kalorien pro Erwachsenen und Tag, obwohl laut Weltgesundheitsorganisation das Existenzminimum bei 2200 Kalorien liegt. Und warum? Weil infolge der Finanzkrise die Budgets der Staaten gestrichen worden sind.“(14)

6. UMWELT-UND KLIMAKRISE Die Umweltzerstörungen und die Klimakrise stehen in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Situation. Sie sind Resultate des seit 100 Jahren vorherrschenden kapitalistischen Produktions-, Konsum- und Mobilitätsmodells. Die Kosten dieser spezifischen Produktionsweise werden nicht nur späteren Generationen aufgebürdet; sie sind heute bereits real. Und sie müssen in erster Linie vom Süden getragen werden.

Die aktuelle Krise wurde durch die Umwelt- und Klimakrise beschleunigt. Den Auftakt für die Krise der Realwirtschaft und die Krise der Autobranche bildete ein Ölpreis, der im Frühsommer 2008 mit 145 Dollar je Barrel Rekordniveau erreicht hatte. Dies war Ausdruck der schnell wachsenden Nachfrage nach einem knappen und endlichen Gut; einiges spricht dafür, dass „peak oil“, das Maximum der Ölfördermenge, bereits erreicht ist.(15) Der Verfall des Ölpreises seitdem, der lediglich den rasanten Rückgang der Nachfrage abbildet, sendet erneut das falsche Marktsignal „Weiter so!“

Vor allem aber sind es die immanenten Lösungsversuche der Krise, die die Umwelt- und Klimakrise verschärfen. Im Zentrum der neuen Konjunkturprogramme in Nordamerika, Japan, Europa und China stehen die Förderung des Pkw-Abatzes, die Subventionierung der Autoindustrie, des Flugzeugbaus und der Airlines und der Bau neuer Straßen und Straßenverkehrsprojekte. Ausgerechnet in Krisenzeiten, die durchaus auch als Weckruf interpretiert werden könnten, wird die fatale Abhängigkeit von dem Modell eines Öl basierten Kapitalismus

verstärkt – und damit die Umwelt- und Klimakrise verschärft. Dem entspricht, dass sich das Gewicht der Öl-, Auto- und Flugzeugkonzerne in den letzten Jahren nochmals vergrößert hat.(16)

Im Februar 2009 gab der Klimabeauftragte der UNO, Yvo de Boer, ein Interview zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Klimakrise. Er gestand ein, dass es diese Krise „schwerer macht, Geld für den Klimaschutz zu bekommen.“

Gleichzeitig argumentierte er: „Wir brauchen Kürzungen der CO₂-Emissionen in den Industrieländern von 80 Prozent, um den Klimawandel zu stoppen.“(17)

Die UNO setzt dabei auf marktkonforme Instrumente, etwa sogenannte Emissionszertifikate. Tatsächlich belegt die jüngere Entwicklung und insbesondere der aktuelle Trend in der Krise, dass die materiellen Grundlagen für eine fortgesetzte Steigerung der Emissionen gelegt werden.

Und just dies ist Ausdruck der Marktsignale.

Alle sechs Krisen stehen in einem Wechselverhältnis zueinander: Sie bedingen sich und sie verstärken sich in der gegenwärtigen Situation wechselseitig. Zusammen lassen sie es als gerechtfertigt erscheinen, von einer neuen historischen Krise und von der Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts zu sprechen.

Anmerkungen:

- 1) *Financial Times Deutschland* vom 11.2.2009.
- 2) Laut *Financial Times Deutschland* (9.12. 2008) lag die US-Arbeitslosenquote „in der weitesten offiziellen Abgrenzung“ im November 2008 bei 14,5 Prozent. 30 Millionen Menschen sind bereits auf Lebensmittelhilfe (food stamps) angewiesen, 11,9 Millionen haben 2008 nach offiziellen Angaben gehungert. Alles Daten zur führenden kapitalistischen Wirtschaftsmacht.
- 3) Im Januar 2009 reduzierten sich nach offiziellen Angaben die chinesischen Exporte um 17,5 Prozent, während die Importe fast halbiert wurden. Die industrielle Produktion dürfte Ende 2008/Anfang 2009 keinerlei Wachstum mehr aufweisen. Auch nach offiziellen Angaben schnellen die Arbeitslosenzahlen nach oben – u.a. sollen bereits 20 Millionen Wanderarbeiter ihren Job verloren haben.
- 4) Nimmt man die jüngste Liste der „Global 500“, der 500 größten Konzerne der Welt, und untersucht diese nach dem Gewicht der wichtigsten Branchen, dann ergibt sich für die 2007er Bilanzzahlen das folgende Bild: Vom addierten Umsatz dieser „Global 500“ in Höhe von 23619 Milliarden US-Dollar entfielen auf die Autoindustrie (einschl. der Zulieferer) 2112 Mrd. Dollar, was 9 Prozent des Gesamtumsatzes der „Global 500“ entspricht. Auf den IT-Sektor entfielen 1546 Mrd. Dollar (= 6,5 Prozent). Sie stellen damit nach dem Sektor der Ölverarbeitung die zweit- und dritt wichtigste industrielle Branche dar. Eigene Berechnungen auf Basis von „Global 500“, in: *Fortune* (USA), 25.8.2008.
- 5) Vgl. dazu ausführlich: W. Wolf, *Weltwirtschaft und Krise der Autoindustrie*, *Marxistische Blätter*, 1/09, S.44ff.; auch unter: www.lunapark21.net.
- 6) Der Verkauf von Nokia-Mobiltelefonen ging im 4. Quartal 2008 in Europa um 34,7 Prozent zurück; auf weltweiter Ebene lag der Einbruch bei 15,3 Prozent.
- 7) *Handelsblatt* vom 21.2.2009; *Business Week* vom 3. Februar 2009.
- 8) Im Januar 2008 erhielt Lettland einen IWF-Notkredit. Im Februar verschärfte sich die Finanzlage in Rumänien, Bulgarien, Estland und Litauen. Ungarn, das erst im Dezember 2008 einen IWF- und EU-Notkredit erhalten hatte, gerät erneut in finanzielle Not. Die Debatte über mögliche Staatsbankrotte in den Euroländern Spanien, Portugal und Irland ist sicher überzogen. Dennoch verschärfen sich auch dort die finanziellen Schwierigkeiten erheblich. Zu Griechenland siehe diese LP21, S. 30/31.
- 9) Ende Januar übernahm der US-Pharmakonzern Pfizer den Konkurrenten Wyeth für sagenhafte 68 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig kündigte er an, 20000 Arbeitsplätze zu streichen. Den Hintergrund bildet das Auslaufen von Patenten und die Wahrscheinlichkeit, dass deutlich preiswertere „Nachahmerhersteller“ bisherige Pfizer-Umsatzanteile auf sich ziehen werden. Auf diese absurden Prozesse geht Beat Ringger in dieser LP21 auf den Seiten 40ff ein.
- 10) Werner Rügemeier, *Neuordnung der Monopole*, in: *junge Welt* vom 17.1.2009.
- 11) Vgl. I. Wallerstein, *Das moderne Weltsystem II*, Wien 1998 (Promedia), S. 59; derselbe in: LP21, Heft 4, S. 12.
- 12) China hält mit Devisenreserven im Wert von rund 1500 Milliarden US-Dollar den größten Dollar-Devisenschatz. Unter US-Präsident Obama wurde die seit langem vorgetragene US-Forderung nach einer deutlichen Aufwertung der chinesischen Währung verstärkt. Dadurch würden chinesische Exporte in die USA verteuert bzw. die USA könnten ihr Defizit in der Handelsbilanz reduzieren. Solange der Welthandel noch einigermaßen funktioniert, kann China an einer solchen Entwicklung kein Interesse haben. Der relativ niedrige Renminbi-Kurs ist Garant für die hohe und bis 2008 ständig ansteigende chinesische Exportquote. Gerade in der aktuellen, oben beschriebenen Krise in China ist die Führung in Peking kaum bereit, einem deutlich höheren Renminbi-Kurs zuzustimmen und somit die Exporte noch stärker als bisher zu reduzieren. Allerdings gibt es ganz andere – weit stärkere – Kräfte, die mittelfristig in Richtung Verfall des Dollarkurses – und damit Anstieg des Kurses der chinesischen Währung – wirken. So untergraben die neuen US-Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme und die damit verbundene massiv gesteigerte US-Staatsschuld die US-Währung. Kommt es aber zu einem Sturz des Dollarkurses, so droht eine Entwicklung, bei der es kaum noch ein Halten gibt. Dann wird Peking seinen Dollar-Devisenschatz möglichst schnell los werden wollen. Der Dollarkurs wird nochmals schneller sinken. Alle Devisenschätze, die in Dollar gehalten werden, werden entwertet, was wiederum die Krisentendenzen in diesen Ländern – so auch in China – verstärkt. Dann wird aber auch der US-Dollar nicht mehr Öl-Währung sein. Was neue Verteilungskämpfe um die strategischen Ressourcen auf die Tagesordnung setzt.
- 13) Die britische *Financial Times* schreibt: „Im Gegensatz zu anderen Rohstoffen wie Öl oder Aluminium, die im Verlauf der Krise auf das Niveau der Jahre 2002-2005 zurückfielen, stiegen die Preise für agrarische Grundprodukte nochmals über ihr vor 12 und 18 Monaten erreichte – bereits hohes – Niveau hinaus.“ (26.1.2009).
- 14) Michael Schneider, *Fasst die Piraten der Geldmeere!*, in: *Freitag*, 5.2.2009.
- 15) Siehe LP21, Heft 3, „LP21-Spezial“, S. 36ff.
- 16) Die Öl verarbeitende Industrie kommt in der Gruppe der „Global 500“ auf einen Anteil von 13,9 Prozent. Zusammen mit den Bereichen Ölförderung und Öltransport liegt der Anteil dieses Sektors bei 15,9 Prozent. 1999 waren es knapp 10 Prozent. Der Anteil der Gruppe Öl-Auto-Flugzeugbau-Airlines am „Global 500“-Umsatz lag 1999 bei 12,3 Prozent und 2007 bei 26 Prozent. Vgl. LP21, Heft 3, S. 42.
- 17) *Süddeutsche Zeitung*, 3.2.2009

